



|                           |  |               |  |
|---------------------------|--|---------------|--|
| Deutsche Umwelthilfe e.V. |  | 19. JUNI 2009 |  |
| Büro Berlin               |  |               |  |
| politisch richtig         |  |               |  |
| wirtschaftlich richtig    |  |               |  |
| genehmigt                 |  |               |  |
| genehmigt                 |  |               |  |

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie • 11019 Berlin

Deutsche Umwelthilfe e.V.  
Büro Berlin  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin

TEL-ZENTRALE +49 30 18615 0  
FAX +49 30 18615 7010  
INTERNET www.bmwi.de  
BEARBEITET VON RD'in Dr. Andrea Müller  
TEL +49 30 18615 7373  
FAX +49 30 18615 507373  
E-MAIL andrea.mueller@bmwi.bund.de  
AZ III A 5 - 33 108 / 11  
DATUM Berlin, 17. Juni 2009

BETREFF Schutz der Arktis

BEZUG Ihr Schreiben vom 2. Juni 2009 an Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg

Sehr geehrte Frau Dr. Ziehm, sehr geehrter Herr Resch,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. Juni 2009, in dem Sie Herrn Bundesminister Dr. zu Guttenberg auffordern, die Position des BMWi zur Ausbeutung der Arktis zu revidieren und sich für ein Moratorium einzusetzen. Der Minister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Wie uns bekannt geworden ist, haben Sie ein ähnliches Schreiben an den Bundesaußenminister gesandt, das am 8. Juni beantwortet wurde. Ergänzend dazu möchte ich auf folgendes hinweisen:

Grundsätzlich betrachtet die Bundesregierung mit einer gewissen Sorge eine Tendenz zu exzessiven Ansprüchen einzelner Küstenstaaten auf den erweiterten Festlandssockel. Die Bundesregierung hat dies auch schon öffentlich in internationalen Foren - wie der Internationalen Meeresbodenbehörde in Kingston /Jamaika - zum Ausdruck gebracht. Diese Sorge besteht unabhängig von konkreten einzelnen Ansprüchen in der Arktis, sondern bezieht sich insgesamt auf den Schutz des "Gemeinsamen Erbes der Menschheit" im Sinne von Art. 136 des Seerechtsübereinkommens (UNCLOS).

Das Bundeswirtschaftsministerium tritt für eine nachhaltige Entwicklung ein und verfiert eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft. Ökologische, ökonomische und soziale Fragen werden dabei sorgfältig austariert. Staatssekretär Homann hat deshalb in seiner Pressemitteilung vom 19. November 2009 unmissverständlich auf die Notwendigkeit des Schutzes des arktischen Lebensraums hingewiesen. Auch im Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung hat das Bundeswirtschaftsministerium die Notwendigkeit des nachhaltigen Umgangs mit Rohstoffen wiederholt hervorgehoben.

Die für die Gewinnung von Rohstoffen in Deutschland entwickelten Bohr- und Fördertechnologien insbesondere für Energierohstoffe entsprechen hohen Umweltschutzstandards. Deutsche Unternehmen können durch Kooperationen mit Unternehmen aus Arktisanrainerstaaten bei der Nutzung von Wirtschaftspotenzialen ihre Kompetenz und ihren hohen technologischen Stand gerade auch im Bereich des Umweltschutzes einbringen und so auch an der Gestaltung von Standards aktiv mitwirken.

Das Bundeswirtschaftsministerium wird sich deshalb dafür einsetzen, dass bei einer wirtschaftlichen Nutzung der Arktis beteiligte deutsche Unternehmen Standards und Konventionen in den Bereichen Umwelt, Sicherheit und Gesundheit einhalten werden. Darüber hinaus werden wir weiterhin freiwillige Initiativen der Industrie („Corporate Social Responsibility“) unterstützen, z. B. über den International Council on Minerals and Metals (ICMM) oder Selbstverpflichtung von Finanzierungsinstitutionen (Äquator-Prinzipien).

Die Einrichtung eines Schutzregimes einschließlich eines Moratoriums für die Rohstoffgewinnung in Analogie zum Antarktisvertrag dürfte sehr unrealistisch sein. Darauf haben auch Völkerrechtsexperten in den entsprechenden Foren im Auswärtigen Amt bereits hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Prof. Mager